

Lüner Kohlekraftwerksgegner fordern: **Regierungschef Rüttgers soll Verfahren einleiten**

Von Malte Hinz

Lünen. Wegen der „außerordentlich hohen Konzentration von Steinkohlegroßkraftwerken“ in einem Radius von 30 km um Lünen müsse das Land ein Raumordnungsverfahren einleiten - und die laufenden Genehmigungsverfahren für solche Anlagen sofort stoppen.

Dies fordern jetzt in offenen Briefen an NRW-Ministerpräsident Rüttgers und andere namhafte Vertreter der Landesregierung Thomas Matthee und Eckhard Kneisel für die Bürgerinitiative „Kontra Kohle Kraftwerk“ sowie Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel im Namen zahlreicher Einwender gegen das in Lünen geplante Trianel-Kraftwerk.

Bei der Errichtung weiterer Kraftwerke „der 750 MW-Klasse“ handele es sich um „raumbedeutsame Einzelvorhaben mit überörtlicher Bedeutung“. Ein Raumordnungsverfahren sei daher zwingend - unter anderem deshalb, weil eine entsprechende Beurteilung der Kraftwerksvorhaben bislang nicht stattgefunden habe. Außerdem, so die Lüner Kraftwerksgegner, stünden die Planungen „im offensichtlichen Widerspruch“ zu den Zielen des Landesentwicklungsplanes.

Die acht im Betrieb befindlichen „Steinkohlegroßkraftwerke“ im Umkreis von rund 30 km um Lünen und die weiteren 5 hier geplanten Anlagen führen nach Ansicht der Kritiker „zu einer nicht vertretbaren regionalen Gesund-

heits- und Umweltbelastung“. Diese Kraftwerks-Konzentration „ist im negativen Sinne einzigartig in Europa“. Und da es in Lünen „bereits jetzt“ durch „andere Industriezweige“ zu einer zwei- bis vierfachen Überschreitung „spezifischer Grenz- und Zielwerte“ komme, solle Regierungschef Rüttgers die ihm unterstellten Behörden anweisen, die laufenden Genehmigungsverfahren für neue Kohlekraftwerke „bis auf Weiteres auszusetzen“.

Gleichlautende Schreiben gingen auch an NW-Innenminister Dr. Wolf, Arbeitsminister Laumann, Wirtschaftsministerin Thoben und Umweltminister Uhlenberg sowie in Kopie an das Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium, die Bezirksregierungen und Regionalräte Arnsberg und Münster, Landrat Makiolla und die Bürgermeister der Nachbarstädte. Sie alle sind auch eingeladen zu der Informationsveranstaltung, zu der die Lüner Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk am 13. November um 19.30 Uhr im Hansesaal durchführt. BI-Pressesprecher Peter Nichau: „Hierzu sind schon zahlreiche Zusagen eingegangen. So wird unter anderem die Bürgermeisterin der Stadt Waltrop mit zuständigen Mitarbeitern erscheinen. Von den Fraktionen des Rates und vom Bürgermeister der Stadt Lünen liegen dagegen noch keine Rückmeldungen vor.“ Die BI werde ihnen allerdings dennoch vorsorglich Sitzplätze reservieren.